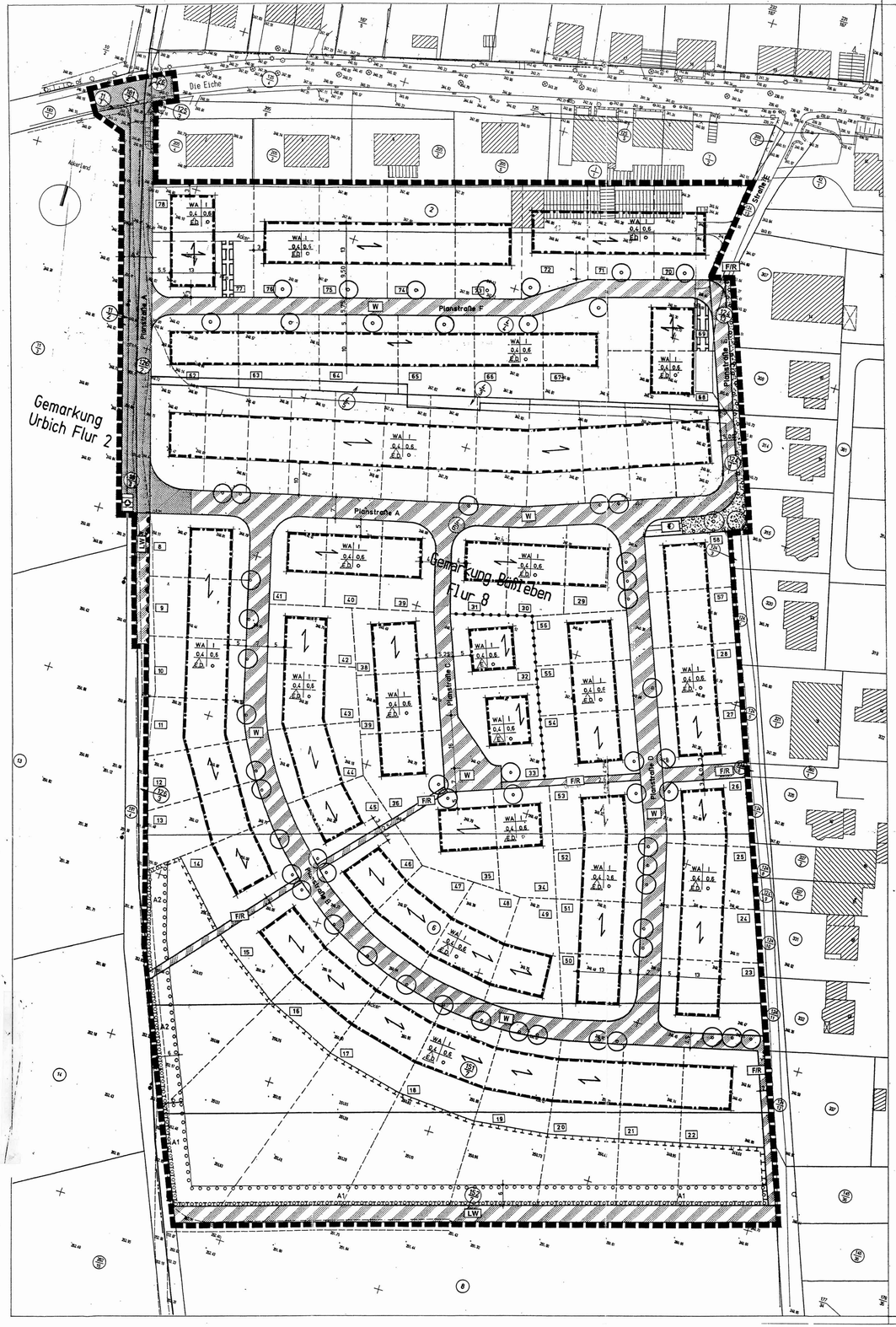


PLANZEICHENERKLÄRUNG

A ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN nach BauGB, BauNVO und PlanzV — **Ermächtigung**

Art der baulichen Nutzung — **§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und BauNVO**

WA — Allgemeines Wohngebiet — § 4 BauNVO

Maß der baulichen Nutzung — **§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB**

GRZ: 0,4 — Grundflächenzahl als Höchstmaß, Grundflächenzahl 0,4 — § 16 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO

GFZ: 0,6 — Geschoßflächenzahl als Höchstmaß, Geschoßflächenzahl 0,6 — § 16 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO

I — Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß, Höchstmaß I Vollgeschoß — § 16 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO

Überbaubare Grundstücksfläche — **§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB**

Baugrenze — § 23 Abs. 3 BauNVO

o Offene Bauweise — § 22 Abs. 1, 2 BauNVO

ED nur Einzel- u. Doppelhäuser zulässig — § 22 Abs. 2 BauNVO

ED nur Einzelhäuser zulässig — § 22 Abs. 2 BauNVO

Verkehrsflächen — **§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB**

Straßenbegrenzungslinie — § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

Straßenverkehrsfläche — § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung — § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

Zweckbestimmung:
- W Wohnstraße (Mischverkehrsfläche)
- F/R Fuß- und Radweg
- LW Landwirtschaftlicher Weg

Bereich ohne Ein- und Ausfahrt — § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

Flächen für Ver- und Entsorgungsanlagen — **§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 BauGB**

Flächen für Versorgungsanlagen und die Abfallbeseitigung

Zweckbestimmung:
- Wertstoffsammelplatz
- Trafostation

Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen als private Grünfläche — §9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB

A1 / A2 — Bezeichnung der Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

anzupflanzender Baum — § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB

Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft als private Grünfläche — § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen als öffentliche Grünfläche — § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB

Sonstige Festsetzungen — **§ 9 Abs. 6 BauGB und § 1 Abs. 4 BauNVO**

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches — § 9 Abs. 7 BauGB

Abgrenzung unterschiedlicher Bauweise — § 22 Abs. 2 BauNVO

Firstrichtung

2,5 Vermaßung in Meter, z.B. 2,5 m

Nutzungsschablone:

Art der baulichen Nutzung	Anzahl der Vollgeschosse
Grundflächenzahl	Geschoßflächenzahl
Zulässige Bauform	Bauweise

Mit Leitungsrechten zu belastende Flächen zugunsten der Parzellen 68 und 78 — § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB

B HINWEISE UND PLANZEICHEN OHNE FESTSETZUNGSCHARAKTER

Vorhandene Bebauung

Gemarkungsgrenze zwischen Bühleben und Urbich

Vorhandene Flurstücksgrenzen

Vorhandene Flurstücksbezeichnungen

Informelle Darstellung von Grundstücksgrenzen

10 Parzellennummer

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Nr.	FESTSETZUNG	Ermächtigung
I.	**Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 u. 2 BauGB**	
1.	**Art und Maß der baulichen Nutzung**	**§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB**
1.1.	Art der baulichen Nutzung Im Allgemeinen Wohngebiet sind die nach § 4 Abs.3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen unzulässig.	§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO
1.2.	Zulässige Zahl der Wohnungen Pro Wohngebäude sind maximal 2 Wohnungen zulässig.	§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB
1.3.	Höhe der baulichen Anlagen Die Sockelhöhen dürfen maximal 0,8 m betragen. Als Sockelhöhe gilt der Abstand zwischen der im Mittel gemessenen Oberfläche der angrenzenden öffentlichen Verkehrsfläche und der Oberkante Fußboden Erdgeschoß am Rohbau.	§ 9 Abs. 2 BauGB
2.	**Bauweise**	**§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB**
2.1.	Sind Doppelhäuser vorgesehen, so sind sie mit einheitlicher Trauf- und Firsthöhe in einer Flucht auszuführen. Versprünge von Gebäudeteilen sind bis maximal 1,0 m auf einer Breite von maximal 3,0 m zulässig.	
3.	**Überbaubare und nichtüberbaubare Grundstücksfläche**	**§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB**
3.1.	Überbaubare Grundstücksflächen Private Nebenanlagen nach § 14 BauNVO, mit Ausnahme unterirdischer baulicher Anlagen, sind als Gebäude nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.	§§ 14 u. 19 BauNVO
3.2.	Garagen und Carports Garagen und Carports müssen zur Straßenverkehrsfläche bzw. Mischverkehrsfläche einen Abstand von mind. 5,0m einhalten. Die erforderlichen Stellplätze sind auf den privaten Grundstücken nachzuweisen.	
4.	**Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft**	**§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB**
4.1.	Innerhalb der Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sind folgende Maßnahmen festgesetzt: - Anlage einer artenreichen Wiese mit mind. 30 hochstämmigen Obstbäumen. Die Anlage von Beeten und Flächenbefestigungen ist unzulässig. - In der Entwicklungszeit ist diese Fläche einzuzäunen.	
4.2.	Als südliche und südwestliche Abgrenzung ist auf der Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen eine Hecke aus freiwachsenden gemischt hohen heimischen Sträuchern gemäß Pflanzliste fachgerecht zu pflanzen und dauerhaft zu pflegen.	
4.3.	Regenwässer von Dachflächen und privaten Gehwegen sind weitestgehend auf den privaten Grundstücken zu versickern.	
5.	**Vorkehrungen zum Immissionsschutz**	**§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB**
5.1.	Das Verbrennen von festen und flüssigen Brennstoffen ist unzulässig.	
5.2.	Ausnahmsweise zugelassen ist die Verwendung von trockenem, naturbelassenem, stückigem, 2 Jahre abgelagertem Holz für den gelegentlichen Betrieb von Kaminfeuerstellen.	
6.	**Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen**	**§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB**
6.1.	Nicht überbaubare Grundstücksflächen	
6.1.1.	Pro Wohngrundstück ist mindestens 1 hochstämmiger Baum gemäß Pflanzenliste zu pflanzen.	
6.1.2.	Die in der Planzeichnung auf den privaten Grundstücken festgesetzten Bäume sind in gleicher Art und Pflanzqualität wie im Straßenraum auszuführen. Als Baumart wird Sorbus thuringiaca „Fastigiata" (Thüringische Mehlbeere), Stammumfang mind. 18 cm festgesetzt.	
6.2.	Straßenverkehrsfläche Im Straßenraum sind mindestens 29 Bäume der Art Sorbus thuringiaca „Fastigiata" (Mehlbeere) mit einem Stammumfang von mindestens 18 cm zu pflanzen. Die Standorte sind mit der Erschließungsplanung festzulegen.	

II. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen § 9 Abs. 4 BauGB I.V.m. § 83 Abs. 2 ThürBO n.F.

Nr.		
1.	**Äußere Gestaltung von Gebäuden**	**§ 83 Abs. 1 Nr.1 ThürBO**
1.1.	Dachgestaltung	
1.1.1.	Für die Hauptgebäude sind nur Satteldächer und Krüppelwalmdächer zulässig. Für Nebenanlagen und Garagen sind nur Satteldächer und Krüppelwalmdächer sowie begrünte Flachdächer zulässig.	
1.1.2.	Die Dachneigung der Hauptgebäude ist von 30 bis 45 Grad, die von Nebenanlagen und Garagen, soweit sie nicht mit Flachdach ausgeführt werden, von 25 bis 45 Grad zulässig.	
1.1.3	Als Dacheindeckung sind nur Betondachsteine oder Tondachziegel in dun Farben rot bis rotbraun zulässig. Glänzende oder spiegelnde Dachmaterialien sind ausgeschlossen. Anlagen zur Sonnenenergienutzung sind zulässig, wenn sie 40% der Hauptdachfläche nicht überschreiten.	
1.1.4.	Dachform, Dachneigung und Deckung eines Doppelhauses sind für beide Haushälften gleich zu gestalten.	
1.1.5.	Die Summe der Dachgaubenbreiten darf die Hälfte der Dachlänge nicht überschreiten. Der Abstand zum Ortgang muß mindestens ein Fünftel der Dachlänge betragen.	
1.1.6.	Kniestücke (Drempel) sind bis zu einer Höhe von 0,8 m zulässig. Die Höhe des Kniestockes ist an der Außenseite der Außenwand von der Oberkante Rohfußboden des Obergeschosses bis zur Unterkante Sparren zu messen.	
1.2.	Fassadengestaltung	
1.2.1.	Eine Verklinkerung sowie die Verwendung von Kunststoffen oder Metallen ist unzulässig.	
2.	**Werbeanlagen**	**§ 83 Abs. 1 Nr. 1 ThürBO**
2.1.	Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig. Sie sind auf den Bereich des Erdgeschosses sowie auf eine Größe von maximal 1,0 m^2 zu beschränken. Die Gesamtlänge der Werbetafel darf die Hälfte der Länge der Hausfassade nicht überschreiten.	
2.2.	Werbeanlagen mit beweglichen Teilen, wechselndem oder laufendem Licht sind unzulässig.	
2.3.	Zäune, Tore und Türen sind von Werbeanlagen und Warenautomaten freizuhalten.	
3.	**Äußere Gestaltung baulicher Anlagen**	**§ 83 Abs. 1 Nr. 1 ThürBO**
3.1.	Geländeveränderungen und Stützmauern	
3.1.1.	Der natürliche Geländeverlauf ist zu erhalten. Geländeveränderungen sind nur ausnahmsweise zulässig.	
3.1.2.	Werden Böschungen vorgesehen, so sind sie gegen Bodenerosion durch eine dauerhafte Begrünung zu schützen.	
4.	**Art, Gestaltung und Höhe von Einfriedungen**	**§ 83 Abs. 1 Nr. 4 ThürBO**
	Zulässige Einfriedungen sind Hecken sowie Zäune aus Holz oder Maschendraht mit einer maximalen Höhe von 1,2 m. Wird Maschendraht gewählt, so ist dieser mit einer Hecke zu bepflanzen.	
5.	**Anforderungen an Stellplätze für bewegliche Abfallbehälter**	**§ 83 Abs. 1 Nr. 4 ThürBO**
5.1.	Standorte von Hausmüllbehältern sind nur auf den privaten Grundstücken zulässig. Sie müssen einen Mindestabstand von 1,0 m von der Straßenbegrenzungslinie haben und sind mit Gehölzen zum öffentlichen Straßenraum abzuschirmen.	
6.	**Gestaltung von Vorgärten und unbebauten Flächen bebauter Grundstücke**	**§ 83 Abs. 1 Nr. 4 ThürBO**
6.1.	Vorgartenflächen und Hausgärten sind gärtnerisch anzulegen und zu pflegen.	
6.2.	Zufahrten und Stellplätze sind nur in Versickerungspflaster, Rasengittersteinen oder wassergebundener Decke auszuführen.	

Nachrichtliche Übernahmen und Hinweise — § 9 Abs. 6 BauGB

1. Kulturdenkmale — **§ 13, 14 u. 16 ThDSchG**

Es ist mit archäologischen Funden zu rechnen. Das Landesamt für archäologische Denkmalpflege Weimar ist vor Beginn der Tiefbauarbeiten in die Planungsvorbereitung zwecks Einordnung von archäologischen Untersuchungen bzw. Sondierungen in den Bauablauf einzubeziehen.

2. Geologische Belange

Auf Grundlage des Gesetzes über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten (Lagerstättengesetz) i.d.F. vom 02.03.74 sind Erdarbeiten (Erkundungs-, Pegel- und Baugrundbohrungen, geophysikalische Messungen) sowie größere Baugruben der Thüringer Landesanstalt für Geologie rechtzeitig zwecks Aufnahme zur Erweiterung des Kenntnisstandes über das Gebiet anzuzeigen. Durch beauftragte Ingenieurbüros sind die Schichtenverzeichnisse einschließlich der Erkundungsdaten und Lagepläne zu übergeben.

3. Fluglärm — **§ 12 LuftVG**

Das Planungsgebiet wird vom Ausdehnungsbereich des Bauschutzbereiches des Flughafens Erfurt betroffen. Es befindet sich innerhalb der An- und Abflugsektoren und liegt im Umkreis von 10 bis 15 Kilometer Halbmesser um den Startbahnbezugspunkt. Bei der Bebauung von Flächen, die in den An- und Abflugsektoren liegen, können keine späteren Ansprüche hinsichtlich Belästigung durch Fluglärm geltend gemacht werden.

4. Auffälliger Bodenaushub — **§§ 12 und 17 ThAbfAG**

Sollten bei Baumaßnahmen auffällige Bereiche, wie kontaminationsverdächtige Bausubstanzen, Auffüllungen oder kontaminierter Boden bzw. Wasser freigelegt werden, ist das Staatliche Umweltamt gemäß §§ 12 und 17 ThAbfAG zu informieren.

5. Liste empfohlener Pflanzen

Bäume

Spitzahorn	Acer platanoides
Bergahorn	Acer pseudoplatanus
Feldahorn	Acer campestre
Vogelkirsche	Prunus avium
Winterlinde	Tilia cordata
Sommerlinde	Tilia platyphyllos
Rotbuche	Fagus sylvatica
Hainbuche	Carpinus betulus
Stieleiche	Quercus robur
Gemeine Esche	Fraxinus excelsior
Salweide	Salix carprea
Espe	Populus tremula
Gemeine Mehlbeere	Sorbus aria
Vogelbeere	Sorbus aucuparia
Elsbeere	Sorbus torminalis
Traubenkirsche	Prunus padus
Wildbirne	Pyrus communis
Holzapfel	Malus sylvestris
Schwedische Mehlbeere	Sorbus intermedia
Eibe	Taxus baccata
Mährische (Elbbare) Eberesche	Sorbus aucuparia Edulis
Thüringische Mehlbeere	Sorbus thuringiaca Fastigiata
Apfeldorn	Crataegus lavallei Carlierei
Zweigriffliger Weißdorn	Crataegus laevigata

Obstsorbäume (ausschließlich Halb- oder Hochstämme)

Zwetsche	Prunus
Birne	Pyrus
Süßkirsche	Prunus
Apfel	Malus

Sträucher

Gemeine Haselnuß	Corylus avellana
Schwarzer Holunder	Sambucus nigra
Faulbaum	Rhamnus frangula
Hundsrose	Rosa canina
Brombeere	Rubus fruticosus
Roter Hartriegel	Cornus sanguinea
Schlehe	Prunus spinosa
Wolliger Schneeball	Viburnum lantana
Kreuzdorn	Rhamnus cartharticus
Liguster	Ligustrum vulgare
Kornelkirsche	Cornus mas
Himbeere	Rubus Idaeus
Stachelbeere	Ribes spec.
Johannisbeere	Ribes spec.
Weißdorn	Crataegus spec.
Europäisches Pfaffenhütchen	Euonymus europaeus
Gemeiner Schneeball	Viburnum opiffolium

Klettergehölze

Efeu	Hedera helix
Gemeine Waldrebe	Clematis vitalba
Jelängerjelieber	Lonicera capriffolium

Rechtsgrundlagen

1. **Baugesetzbuch (BauGB)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141, 1998 I S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Europarechtsanpassungsgesetzes Bau – EAG Bau vom 24.06.2004 (BGBl. I S. 1359)
2. **Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO)** vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert am 22.04.1993 (BGBl. I S. 466)
3. **Thüringer Bauordnung (ThürBO)** i.d.F. der Neubekanntmachung vom 16.03.2004 (GVBl. S. 349)
4. **Raumordnungsgesetz (ROG)** Vom 18.08.1997 (BGBl. I S. 2081), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Europarechtsanpassungsgesetzes vom 24.06.2004 (BGBl. I S.1359)
5. **Raumordnungsverordnung (RoV)** vom 13.12.1990 (BGBl. I S. 2768), zuletzt geändert durch Artikel 2b des Gesetzes vom 18.06.2002 (BGBl. I S. 1914)
6. **Thüringer Landesplanungsgesetz(ThürLPlG)** vom 18.12.2001 (GVBl. S. 485)
7. **Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90)** vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 Teil I S. 58)
8. **Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO)** i.d.F. der Neubekanntmachung der Thüringer Kommunalordnung vom 28.01.2003 (GVBl. S. 41)
9. **Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatschG)** vom 25.03.2002 (BGBl. Teil I S. 1193)*1), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 24.06.2004 (BGBl I S.1359)
10. **Thüringer Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Thüringer Naturschutzgesetz - ThürNatG)** vom 29.04.1999 (GVBl. S. 298), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 06.01.2003 (GVBl. S. 19, 25)
11. **Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG)** i.d.F. der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 08.07.2004 (BGBl. I S. 1578)
12. **Gesetz zur Pflege und zum Schutz der Kulturdenkmale im Land Thüringen (Thüringer Denkmalschutzgesetz - ThDSchG)** vom 07.01.1992 (GVBl. S. 17, 550), i.d.F. der Neubekanntmachung vom 14.04.2004 (GVBl. S. 465)
13. **Bundeskleingartengesetz (BKleingG)** vom 28.02.1983 (BGBl. I S. 210), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 13.9.2001 (BGBl. I S. 2376)
14. **Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG)** i.d.F. der Bekanntmachung vom 12.11.1996 (BGBl. Teil I S. 1695), i.d.F. der Neubekanntmachung vom 19.08.2002 (BGBl. I S.3245), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 06.01.2004 (BGBl. I S. 2)
15. **Thüringer Wassergesetz (ThürWG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 04.02.2001 (GVBl. S. 114), geändert durch Artikel 41 des Gesetzes vom 24.10.2001 (GVBl. S. 265)
16. **Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)** i. d. F. der Bekanntmachung vom 5.09.2001 (BGBl. I S. 2350) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Europarechtsanpassungsgesetzes vom 24.06.2004 (BGBl. I S.1359)
17. **Thüringer Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (ThürUVPG)** vom 06.01.2003 (GVBl. S.19)
18. **Thüringer Straßengesetz (ThürStrG)** vom 07.05.1993 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 06.01.2003 (GVBl. S. 19, 25)
19. **Bundesfernstraßengesetz (FStrG)** i.d.F. der Bekanntmachung vom 19.04.1994 (BGBl. I S. 854), i.d.F. der Neubekanntmachung vom 20.02.2003 (BGBl. I S. 286)
20. **Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz – BBodSchG)** vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502), geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 09.09.2001 (BGBl. I S. 2331)

Stand:19.08.2004

Es wird bescheinigt, daß die Flurstücke mit ihren Grenzen und Bezeichnungen als Grundlage für die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung mit dem Liegenschaftskataster nach dem Stand vom **02. März 2004** übereinstimmen.

Erfurt, den **02. Feb. 2005**
Eine Bescheinigung für die Vollständigkeit und Richtigkeit des Gebäudebestandes kann nicht gegeben werden.
Leiter des Katasteramtes

Planverfasser im Auftrag und unter Mitwirkung des Stadtplanungsamtes:

Architekturbüro Dr. Walther + Walther
Freie Architekten und Stadtplaner
99089 Erfurt, Storchmühlenweg 13
Tel. 0361 2111310, Fax 0361 2606586
e-mail: dr-walther-walther@t-online.de

Stadtplanungsamt Erfurt

Amtsleiter — Abteilungsleiter — Bearbeiter

Verfahrensvermerke zur 1. Änderung des Bebauungsplanes BUE 217 Bühleben, Wohngebiet auf dem Anger

Genehmigung des Bebauungsplanes durch das Thüringer Landesverwaltungsamt : 15.01.1998
AZ: 210-4621.20-EF-WA "BUE 217"
Rechtskraft des Bebauungsplanes: 30.01.1998

Der Stadtrat Erfurt hat am 30.01.2002 den Beschluss Nr. 009/2002 über die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes BUE 217 gefasst, ortsüblich bekannt gemacht im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt Nr. 4 vom 22.02.2002.

Erfurt, den 19. April 2004 — gez. i.V. Hagemann — Oberbürgermeister

Der Stadtrat Erfurt hat mit Beschluss Nr. 009/2002 am 30.01.2002 den Vorentwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplanes mit Begründung gebilligt und die frühzeitige Bürgerbeteiligung beschlossen.

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB, bekannt gemacht im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt Nr. 4 vom 22.02.2002, lief vom 04.03.2002 bis zum 05.04.2002 durchgeführt worden.

Erfurt, den 19. April 2004 — gez. i.V. Hagemann — Oberbürgermeister

Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 BauGB mit Schreiben vom 05.02.2002 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Erfurt, den 19. April 2004 — gez. i.V. Hagemann — Oberbürgermeister

Der Stadtrat Erfurt hat mit Beschluss Nr. 37/2004 am 24.03.2004 den Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes mit Begründung gebilligt und gem. § 3 Abs. 2 BauGB die öffentliche Auslegung beschlossen.

Erfurt, den 19. April 2004 — gez. i.V. Hagemann — Oberbürgermeister

Der Entwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplanes einschließlich Textfestsetzung hat gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB mit Begründung in der Zeit vom 03.05.2004 bis zum 04.06.2004 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind gem. § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt Nr. 7 vom 23.04.2004 mit dem Hinweis ortsüblich bekannt gemacht worden, dass Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.
Vereinfachte Änderung gemäß § 13 Nr.2 I.V.m. § 233 Abs. 1 § 1 BauGB. Die von der Änderung betroffenen Bürger sind gemäß § 3 BauGB mit Schreiben vom 13.07.2004 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Erfurt, den 20.7.04 — i.V. Bo. — Oberbürgermeister

Der Stadtrat Erfurt hat mit Beschluss Nr. I 07/04 am 24.11.2004 die 1. Änderung des Bebauungsplanes gem. § 10 Abs. 1 BauGB I.V.m. § 83 Abs. 4 ThürBO und §§ 19, 2 ThürKO als Satzung

BESCHLOSSEN

Erfurt, den 20.1.05 — i.V. Bo. — Oberbürgermeister

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes einschließlich der Textfestsetzung ist gemäß § 10 Abs. 2 BauGB durch Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom 28.02.2005 Az.: 300-4624.30-05/000-WA-BUE 217-2 **GENEHMIGT**

Die Übereinstimmung des textlichen und zeichnerischen Inhalts der 1. Änderung dieses Bebauungsplanes mit dem Willen der Stadt Erfurt sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes werden bekundet.

AUSFERTIGUNG

Erfurt, den 10. März 2005
Landeshauptstadt Erfurt
M. Ruge
Oberbürgermeister

Die Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde vom 28.02.2005 wurde gemäß § 10 Abs. 3 BauGB im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt Nr. 5 vom 16.03.2005 mit dem Hinweis ortsüblich bekannt gemacht, dass die 1. Änderung des Bebauungsplanes während der Öffnungszeiten des Bauinformationsbüros der Stadtverwaltung Erfurt von jedermann eingesehen werden kann.
Mit dieser Bekanntmachung wurde die 1. Änderung des Bebauungs

RECHTSVERBINDLICH

Erfurt, den 21.3.05
Oberbürgermeister

Die Genehmigung erfolgte unter
Az.: 300-4624.30-05/000-WA-BUE 217-2
Weimar, den 28.02.2005

Landeshauptstadt Erfurt Stadtverwaltung
Dezernat Bauverwaltung
Stadtplanungsamt

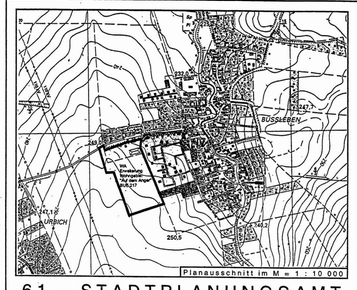
KATASTER 2 IM ORIGINAL

Bebauungsplan BUE 217

„Erweiterung Wohngebiet Auf dem Anger"

1. Änderung

Maßstab : 1 : 500 — Datum: 1. Oktober 2004



61 - STADTPLANUNGSAMT